

Zur Frage der Einberufung des Reichsrates.

Die Ansicht der deutschen Arbeitsgemeinschaft.

In den Kreisen der Abgeordneten der deutschen Arbeitsgemeinschaft äußert man sich über die Frage der Einberufung der parlamentarischen Körperschaften unter anderem folgendermaßen:

Darüber, daß die von dem Volk gewählten Abgeordneten in den Reichsrat zu dem politischen Beruf entsendet sind, die Wünsche und Forderungen der Wählerschaft auf der öffentlichen Tribüne des Parlamentes zu vertreten, und daß sie die Pflicht dafür zu sorgen, daß diese öffentliche Tribüne

nicht nur bestehen bleibe, sondern entsprechend weiter ausgebaut werde, darüber, daß die Abgeordneten für die Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens, wenn es durch eigenartige Verhältnisse eine Zeitlang nicht gelebt werden konnte, unter allen Umständen zu wirken haben, braucht wohl nicht des weiteren erörtert zu werden. Das Verhalten der Abgeordneten zur Frage der Parlamentstagung ist, wenn sie als Volksvertreter vor der Weltgeschichte des Zeitalters der Parlamente bestehen wollen, vom Geiste und von den Gesetzen des modernen konstitutionellen Staates diktiert.

Nach in der letzten Zeit geäußerten Anschauungen scheint aber auch die Meinung zu bestehen, als ob man in Oesterreich aus tatsächlichen national-praktischen Gründen auf die Bestätigung der elementarsten konstitutionell-parlamentarischen Grundsätze verzichten wollte. Wer die Geschichte Oesterreichs auch nur einigermaßen kennt, muß feststellen, daß diejenigen, die sich in dieser Richtung Hoffnungen machen, sich einer schweren Täuschung hingeben. Auf das Versprechen dieser tatsächlichen Verhältnisse und Umstände ist es offenbar auch zurückzuführen, daß die ganze Bevölkerung aller Schichten der Alpenländer und wohl auch der Endetenländer die Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens wünscht und daß sie zugleich auch hofft, daß man ohne viel Bedenken und unzeitgemäße Paragrafenreiterei daran gehe, daß das parlamentarische Leben auf irgendeinem gangbaren Wege, der am ehesten eingeschlagen werden kann, wieder seine Tätigkeit entfalte.

Von diesem Gesichtspunkte, von dem aus die Bevölkerung, die Wählerschaft die Dinge betrachtet, werden sich wohl auch die Teilnehmer an der Besprechung der Vertreter der Parteien des Abgeordnetenhauses am 23. d. leiten lassen und sich bemühen, alle Bedenken, die in der letzten Zeit gegen die Einberufung der parlamentarischen Körperschaften geäußert wurden, zu beheben und zu zerstreuen, in Bestätigung der Anschauung, daß die Sammlung von angeblichen Bedenken bezüglich der Tagung von parlamentarischen Körperschaften nicht Sache der Volksvertreter sein kann, sondern etwas, womit sich andere Faktoren zu beschäftigen pflegen.

Die Bevölkerung will die Tagung der parlamentarischen Körperschaften, des Reichsrates und der Delegationen, und die Abgeordneten der deutschen Arbeitsgemeinschaft haben auch diesem Willen wiederholt insbesondere in der Sitzung des deutschen Nationalverbandes vom 13. September entsprechenden Ausdruck gegeben, und der Anschauung der Abgeordneten der deutschen Arbeitsgemeinschaft über die Frage der Tagung der parlamentarischen Körperschaften hat sich damals auch die Mehrheit des ganzen Verbandes angeschlossen.

Die beste Entkräftung des feindlichen Mißurteils.

Das deutschfreiheitliche Blatt des Wahlbezirkes des Präsidenten Dr. Sylvester und des Abg. Dr. Stölzel, das „Salzburger Volksblatt“, spricht sich in längeren Artikeln für die Einberufung des Parlamentes aus und schließt sich insbesondere den Ausführungen des Abgeordneten Döbernig an, der der Anschauung Ausdruck gegeben hat, daß wir den Reichsrat brauchen, und zwar je länger der Krieg dauere, desto notwendiger. Das Salzburger Blatt schreibt in weiterer Ausführung des Gedankens: Nichts konnte das Mißurteil des Feindes, als wäre das Reich nicht einig, als wären nicht alle Völker des Reiches bereit und entschlossen, den uns aufgezungenen Kampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen, besser entkräften, als eine Tagung des Reichsrates, in der wohl einige Störungen unvermeidlich wären — wo können solche nicht vor! — in der aber doch der entschlossene Siegeswille die Krönung des ganzen bilden würde. Eine solche Tagung, in der das Präsidium ärgeren Störungen wohl zu begegnen wissen würde, müßten viele Hoffnungen der Feinde zum Zusammensturz bringen und so geradezu friedensfördernd wirken.

Der Standpunkt der Ukrainer.

Anlässlich der an den Obmann des Ukrainischen Klubs Dr. Konstantin Lewyckij ergangenen Einladung zu der vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester einberufenen vertraulichen Konferenz der Parteiführer fand vorgestern eine Sitzung des Ukrainischen Klubs statt. In der Debatte wurde der Standpunkt des Klubs dahin gekennzeichnet, daß die Einberufung des Reichsrates und der Delegationen, deren Wahl auch dem Reichsrate obliegt, als im Interesse des Prestiges der Monarchie und im Interesse des ukrainischen Volkes gelegen erkannt wird. Der Obmann wird in der bevorstehenden Konferenz der Parteiobmänner diesen Standpunkt des Klubs zum Ausdruck bringen.

Rundgebung des Vereins der Fortschrittsfreunde in Wien.

In der letzten Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung des Vereins der Fortschrittsfreunde wurde neuerlich eine einhellige Entschliebung des Inhaltes gefaßt, daß der Verein unter den gegebenen Verhältnissen mehr als je die Einberufung des Reichsrates — und nicht bloß der Delegationen — als eine Staatsnotwendigkeit erachte und alle darauf zielenden Bestrebungen freudig begrüße und nachdrücklich unterstütze.